

Volkswirtschaft und Militärökonomie



Volkswirtschaft und Militärökonomie der Deutschen Demokratischen Republik

Ein Blick zurück - Lehren für die Gegenwart

Harald Pöcher

In der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde von den Alliierten die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt. Deutschland und Berlin wurden in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Der Sowjetunion fielen der Ostteil von Berlin und ein Gebiet zu, das Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen und Sachsen umfasste. Als sich am 7. September 1949 in der Besatzungszone der Westalliierten die Bundesrepublik Deutschland konstituierte, erfolgte in der Besatzungszone der Sowjetunion am 7. Oktober 1949 die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) mit einem nach dem Vorbild der Sowjetunion organisierten volksdemokratischen Staatsapparat und einer zentral gelenkten Planwirtschaft.

Die Propaganda der staatstragenden Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), verstand es während des 50-jährigen Bestehens der DDR geschickt, nach außen hin die DDR als zehntstärkste Industrienation und den Staat als politisch stabile und wirtschaftlich dynamische Volksdemokratie darzustellen. Von Politik und Wissenschaft in aller Welt völlig unerwartet, brach die DDR Anfang November 1989 binnen kürzester Zeit wie ein Kartenhaus zusammen. Dieses außergewöhnliche Phänomen hat unmittelbar nach der Wende zur Aufarbeitung der Geschichte und insbesondere der Wirtschaftsgeschichte der DDR geführt und ist bis heute aufgrund des umfangreichen Aktenmaterials noch nicht gänzlich abgeschlossen. Der vorliegende Aufsatz versucht, in einem ersten Abschnitt die Gründe darzulegen, warum die Wirtschaft in der DDR scheitern musste, und untersucht in einem zweiten Abschnitt die Leistungen der Militärökonomie der DDR. Abgeschlossen wird der Aufsatz mit Schlussfolgerungen und Lehren für die Gegenwart.

Die Wirtschaft der DDR - Ein Überblick

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dachte in Deutschland kein Politiker ernsthaft darüber nach, welches Wirtschaftssystem,¹⁾ ob Marktwirtschaft oder zentral gelenkte Planwirtschaft, das bessere System zur Bewältigung der Wirtschaftsprobleme ist. Es stand jedoch damals sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands fest, solange es um das Überleben gehe, könne man die Volkswirtschaft nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Die planmäßige Verteilung der vorhandenen Güter verlangte ein Rationierungssystem und ein Kontingentierungssystem, um die darniederliegende deutsche Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. In der Sowjetzone erklärte die SED, dass unter den vorherrschenden Bedingungen des Mangels an Rohstoffen, Brennstoffen, Transportmitteln ein Vorwärtkommen der Wirtschaft nur möglich sei, wenn eine gesicherte Wirtschaftsplanung betrieben werde. Bei der Festlegung auf ein Wirtschaftssystem für die sowjetische Besatzungszone spielten auch die Wirtschaft in der Sowjetunion und der damals im Eskalieren befindliche Kalte Krieg eine nicht unwesentliche Rolle. Als sich 1948 abzuzeichnen begann, dass die sowjetischen Besatzer länger in ihrer Besatzungszone verbleiben würden, beendete die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die Beschlagnahme von deutschem Eigentum, und es begann die Phase der Enteignung von Fabriken der „Monopolisten und Kriegsverbrecher“ und die darauffolgende Übergabe in das Volkseigentum. Die Betriebe wurden in der Folge in der Rechtsform „Volkseigener Betrieb“ (VEB) geführt. Sie bildeten die ökonomischen Basiseinheiten für die Volkswirtschaft. Damit war der Grundstein für die zentral gelenkte Planwirtschaft gelegt. Die VEB waren zunächst branchenbezogen in so genannte „Vereinigungen Volkseigener Betriebe“ (VVB) zusammengefasst. Ende der 1960er-Jahre wurden die VVB in Kombinate umgewandelt. Ende 1989 arbeiteten rund 80% (= 6,5 Millionen) aller Werktätigen der DDR in den VEB. Im Zuge der Wiedervereinigung wurden die rund 8.000 Kombinate und VEB²⁾ in eine Treuhandgesellschaft übergeleitet und hernach privatisiert. Obwohl sich die kleineren Parteien in der DDR, im Wesentlichen die Christdemokraten und die Liberaldemokraten, gegen eine Planwirtschaft festlegten, wurde mit Entscheidung der SED Ende 1948 die zentral gelenkte Planwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone eingeführt. Das Fundament einer zentral gelenkten Planwirtschaft bilden die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, wie sie von Karl Marx und Friedrich Engels entschlüsselt und später von Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin) in der Sowjetunion erstmals in einem Staat als Grundlage des Wirtschaftssystems eingeführt wurden. Nach ihrer Ansicht haben ökonomische Gesetze mit den Naturgesetzen gemein, dass sie objektiv wirken, unabhängig davon, ob wir dies wollen oder nicht. Sie bestimmen die wesentlichen sozialen Beziehungen und Prozesse in der gesellschaftlichen Produktion. Die jeweilige Eigentumsform an den Produktionsmitteln bestimmt das Ziel, den Sinn und den Inhalt der Produktion. Besitzt eine kleine Gruppe von Menschen die Fabriken, Maschinen, Rohstoffe und Werkzeuge, ist die Mehrheit der Gesellschaft davon ausgeschlossen, wie das im Kapitalismus der Fall ist, so ist auch das Ergebnis der Produktion Eigentum dieser Gruppe und nicht das Eigentum der eigentlichen Produzenten. Das Ziel der Produktion, ihre gesellschaftliche Organisation und die Verteilung der produzierten Erzeugnisse ergeben sich unter diesen Umständen ausschließlich aus den Interessen der Eigentümer der Produktionsmittel, der Kapitalisten. Die Produktion kann kein anderes Ziel als die Erzeugung eines höchstmöglichen Profits für den Unternehmer verfolgen. Ist mit dem Übergang zum Sozialismus gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsfaktoren entstanden, so ist auch das Ergebnis der Produktion, alles, was in den sozialistischen Betrieben und Genossenschaften erzeugt wird, Eigentum der Gesellschaft. Unter diesen Bedingungen kann die Produktion nur ein Ziel haben: die immer bessere Befriedigung der Bedürfnisse der ganzen Gesellschaft und aller ihrer Mitglieder. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ruft das gesellschaftliche Interesse hervor, die Produktionsmittel zum Wohle der ganzen Gesellschaft zu nutzen. Gleichzeitig ist die allseitige Nutzung der Produktionsmittel, der Betriebe, Maschinen und Anlagen zum Wohle der ganzen Gesellschaft wiederum die Bedingung dafür, dass jeder Einzelne daran interessiert ist, seine ganze Kraft für hohe wirtschaftliche Leistungen einzusetzen. Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bedingt eine planmäßige, gesellschaftliche Leitung der gesamten Wirtschaft im Interesse der Werktätigen.

Das deutsche Gebiet, auf dem sich die spätere sowjetische Besatzungszone erstreckte, wurde ab 1936 durch die günstige verkehrstechnische Lage, durch die in den 1930er-Jahren sichere Lage gegen Bombenangriffe und die großen Lagerstätten von Braunkohle zur Ansiedelung von neuen Rüstungsbetrieben bevorzugt genutzt. Das Industriepotenzial bot daher bei Kriegsende trotz der starken Zerstörungen eine günstige Ausgangsposition für den Neubeginn nach 1945. Der Wiederaufbau vollzog sich unter erschwerten Bedingungen, und die Wiederannäherung an das Vorkriegsniveau geriet zeitweise bedenklich ins Stocken. Einen wichtigen Faktor bildete in der unmittelbaren Nachkriegszeit die groß angelegte Demontage von Fabriken und Werkzeugmaschinen durch die sowjetische Besatzungsmacht. Dem Wesen einer zentral gelenkten Planwirtschaft folgend, wurde die Wirtschaft der DDR durch die Wirtschaftspläne bis ins Detail geregelt, und auch die Bedarfspläne für die

Bevölkerung gaben klare Vorgaben, was die Bürger der DDR zu konsumieren hatten. Die Betriebe erhielten für die Erfüllung der Pläne Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt und mussten sich den staatlichen Konsumplänen unterordnen. Die Erfüllung der Produktionspläne wurde in regelmäßigen Abständen durch die obersten Planbehörden überprüft. Die Aufstellung der Jahrespläne war kompliziert und durchlief (teilweise sogar mehrmals) das Parlament, den Ministerrat, das Plankomitee, bestimmte Ministerien, die Kombinate und den VEB. Dieses starre Planungssystem hatte den gravierenden Nachteil, dass es der DDR-Wirtschaft nicht möglich war, auf mögliche Veränderungen des Weltmarktes rasch zu reagieren, da das starre Planungssystem lähmend wirkte.

Anfang der 1950er-Jahre fanden in der DDR der planmäßige Aufbau des Sozialismus und eine Sowjetisierung der Gesellschaft statt. Dies bedeutete u.a. einen Angriff auf den verbliebenen Mittelstand, der durch erhöhte Abgaben zur Aufgabe seiner Selbstständigkeit gezwungen werden sollte. Gleichzeitig mit dem planmäßigen Aufbau des Sozialismus kam es zu einer Bevorzugung der Schwerindustrie zulasten der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie. Dies wiederum führte zu einer chronischen Unterversorgung der Bevölkerung mit bestimmten Lebensmitteln wie Obst und Gemüse sowie Konsumgütern und damit zum Schlangestehen vor den Geschäften. Das Wohlstandgefälle zum Westen vergrößerte sich dadurch immer mehr, weil die Bevölkerung in Westdeutschland von der Marshall-Plan-Hilfe profitieren konnte. Diese ökonomische und soziale Entwicklung führte bis zum Bau der Berliner Mauer 1961, in der DDR-Propaganda als „antifaschistischer Schutzwall“ und als „befestigte Staatsgrenze“ bezeichnet, zu großen Abwanderungsbewegungen in den Westen und am 17. Juni 1953 zum offenen Aufstand. Die sowjetischen Behörden reagierten damals sofort mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, der erst wieder nach Niederschlagung des Aufstandes am

11. Juli 1953 aufgehoben wurde.³⁾

Der alles überragende Meilenstein in der Geschichte der DDR ist der Bau der Berliner Mauer. Der Plan zum Bau der Mauer in Berlin war ein Staatsgeheimnis der DDR-Regierung. Die innerdeutsche Grenze war seit dem Werden zweier deutscher Staaten zunächst eine offene Grenze. Bereits 1952 wurde infolge von starken illegalen Abwanderungen aus dem Osten die Grenze durch Zäune, Alarmvorrichtungen und Truppen gesichert. Es wurde eine fünf Kilometer breite Sperrzone errichtet. Die einzige Lücke in diesem System blieb die Hauptstadt Berlin, die wie ein Schlupfloch wirkte und schwer zu überwachen war. Da bereits bis 1961 rund 2,6 Millionen Menschen⁴⁾ die DDR Richtung Westen verlassen hatten, wurde in der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 unter Aufsicht der Volkspolizei, Armee und Grenztruppen mit dem Bau der Berliner Mauer begonnen. Mit dem symbolischen Fall der Berliner Mauer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 nach mehr als 28 Jahren Bestand begann der Anfang vom raschen Ende der DDR. Die Berliner Mauer und die innerdeutsche Sicherheitsgrenze hatten v.a. eine wirtschaftliche Bedeutung, verhinderten sie doch die Abwanderung von Bürgern in den Westen und erschwerten auch den Grenzübertritt von Westbürgern nach Osten. Die Durchsetzung des Sozialismus in der DDR konnte dadurch noch effizienter in die Tat umgesetzt werden. Eine Detailanalyse der Wirtschaft der DDR würde das Ausmaß des Aufsatzes bei Weitem sprengen. Dargestellt werden soll aber die Situation der Wirtschaft unmittelbar vor der Wende 1989. Nach dem Sturz von Erich Honecker im Oktober 1989 übernahm der Vorsitzende des DDR-Kinderverbandes, der Pionierorganisation Ernst Thälmann und der DDR-Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ), Egon Krenz, die Führung des Politbüros. Krenz beauftragte den Vorsitzenden der staatlichen Plankommission Gerhard Schürer, eine Analyse der tatsächlichen volkswirtschaftlichen Situation auszuarbeiten.⁵⁾ Des Weiteren sollte Schürer für die Tagung des Zentralkomitees der SED einen Maßnahmenkatalog für Wirtschaftsreformen zur Beschlussfassung vorlegen. Schürer kam in seinem Bericht zum Schluss, dass sich das dynamische Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hatte, der letzte Fünfjahresplan nicht eingehalten wurde, die Investitionen in die Mikroelektronik sich als ein Massengrab erwiesen hatten, unterdurchschnittliche Ernten den Import von Getreide erforderlich gemacht hatten und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sträflich vernachlässigt worden war. Ferner stellte Schürer die Nichterfüllung des Exportziels in das nichtsozialistische Ausland, einen starken Anstieg der Verschuldung im kapitalistischen Ausland von 2 Mrd. Mark 1970 auf 49 Mrd. Mark 1989 und eine stark gestiegene Inlandsverschuldung bei Kreditssystemen von 12 Mrd. Mark 1970 auf 123 Mrd. Mark 1989 fest. Als Schlussfolgerung schlug Schürer dem Politbüro vor, die Wirtschaftspolitik der DDR grundsätzlich zu ändern und Wirtschaftsreformen umgehend einzuleiten. Ziel der Wirtschaftsreformen sollte es sein, eine an Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft bei optimaler Ausgestaltung des demokratischen Zentralismus einzuleiten. Zu diesen Reformen sollte es nicht mehr kommen, da sehr bald die Berliner Mauer fiel und damit das politische System in der DDR zum Einstürzen brachte.

Abschließend zu diesem Kapitel sollen die Schwachpunkte der Wirtschaft der DDR hervorgehoben werden:

System-Probleme

Die zentral gelenkte Planwirtschaft ging von einer Vorstellung eines unrealistischen Menschenbildes und von der falschen Vorstellung aus, man könne ein Land nur auf der Grundlage von Wirtschaftsplänen steuern.⁶⁾ Zur Ausarbeitung und Administration der Wirtschaftspläne benötigte die DDR einen überdimensionierten Staatsapparat, was wiederum zu hohen budgetären Ausgaben für diesen Bereich führte. So beliefen sich die Ausgaben für den Staatsapparat und die Wirtschaftsverwaltung Mitte der 1970er-Jahre auf rund 3,6 Mrd. Mark, was ca. 3% des Staatshaushaltes entsprach. Des Weiteren lebte die DDR jahrzehntelang von ihrer Substanz. Der „Arbeiter- und Bauernstaat“ verarmte zusehends. Die Sozialausgaben standen in keinerlei Verhältnis mehr zur realen wirtschaftlichen Produktivität. Die Ausgaben aus dem Budget waren höher als die Einnahmen aus den wenigen produktiven Sektoren. In den 1980er-Jahren überlebte die DDR in erster Linie auf Kosten westlicher Kredite.

Teurer Sicherheitsapparat

Die DDR unterhielt eine Vielzahl von verschiedenen Organisationen, die die äußere und innere Sicherheit der DDR zu gewährleisten hatten.⁷⁾ (Das Zahlenmaterial stellt einen Durchschnittswert über die 1970er- und 1980er-Jahre dar.) Im Einzelnen waren dies das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), im Volksmund auch als „VEB Horch&Guck“ bezeichnet, mit rund 91.000 hauptamtlichen Mitarbeitern und rund 180.000 inoffiziellen Mitarbeitern, die Volkspolizei (VoPo) mit 80.000 Bediensteten, Bereitschaftspolizei mit 20.000 Bediensteten, Zollverwaltung mit 9.500 Mitarbeitern, Grenztruppen mit 49.000 Mann, die NVA mit rund 180.000 Soldaten und Soldatinnen (90.000 davon Kadetsoldaten und -soldatinnen) und 48.000 Zivilbediensteten sowie der Zivilschutz bestehend aus 15.000 Personen kasernierter Zivilschutz und rund 490.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern. Darüber hinaus gab es noch ehrenamtliche Kampfgruppen der Arbeiterklasse, rund 189.370 Personen organisiert in 2.022 Kampfgruppeneinheiten. Der Sicherheitsapparat umfasste insgesamt fast 500.000 hauptamtliche Personen (= rund 6% aller Erwerbstätigen), die im Vergleich zu den Erwerbstätigen in der Industrie überdurchschnittlich hoch entlohnt wurden. Dieser Sicherheitsapparat verschlang hohe Summen; 1986 gemäß dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1987 (Staatsverlag der DDR, Berlin 1987) rund 19,5 Mrd. Mark für den Unterhalt und die Ausrüstung. Dies waren rund 8% der Staatsausgaben.

Teurer Sozialapparat

Die Bürger der DDR lebten in sozialer Sicherheit. Offiziell gab es keine Arbeitslosigkeit. Die gesellschaftlichen Fonds des Staates bildeten den größten Ausgabenposten des Staatshaushaltes. Die Fonds wurden genutzt, um stabile Verbraucherpreise zu sichern, niedrige Wohnungsmieten zu gewährleisten, die Tarife für Dienstleistungen stabil zu halten, das Bildungs-, Gesundheits- und Erholungswesen auszubauen, das kulturelle Leben zu fördern. 1986 betragen diese Aufwendungen des Staates gemäß dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1987 rund 100 Mrd. Mark, dies waren rund 40% der gesamten Staatsausgaben.

Korruption und Machtmissbrauch

Die Konzentration der politischen und wirtschaftlichen Macht begünstigte Korruption, Machtmissbrauch und Misswirtschaft. Die herrschenden Schichten oder die staatlichen großen Apparate symbolisierten Machtpositionen und zielten darauf ab, im Planungs- und Verteilungsprozess großzügige Zuteilungen an Kapital, Material, Arbeitskräften, Devisen oder westlichen Importgütern zu erhalten und dauerhaft zu sichern. Erst durch diese Zuteilungen konnten sie die Basis aufrechterhalten, ihren politischen Einfluss und damit auch wirtschaftliche Privilegien erweitern und bewahren.

Verzicht auf ökologische Sanierung der Industrieanlagen

Eine bedeutende Rolle für den Niedergang der Wirtschaft in der DDR spielte neben dem fast vollständigen Verzicht auf ökologische Sanierung der Industrieanlagen der Verzicht auf Investitionen außerhalb der Schwerpunktzweige der Industrie. Ende der 1980er-Jahre waren fast 21% der Ausrüstungen in der Industrie der DDR älter als 20 Jahre (in der Bundesrepublik Deutschland nur rund 6%).

Wirkungslosigkeit von Anreizsystemen

In der DDR gab es zahlreiche Anreizsysteme für die besten Leistungen in Betrieben. So kannte man eine Vielzahl an Orden und Ehrenzeichen und Ehrentitel wie beispielsweise „Held der Arbeit“ und „Aktivist der sozialistischen Arbeit“. Ihre Wirksamkeit war jedoch höchst fragwürdig.

Unterversorgung mit Konsumgütern

Die DDR lebte über ihre Verhältnisse, konnte aber dennoch nicht die versprochenen Leistungen erbringen und die Bevölkerung mit genügend Konsumgütern versorgen. Beispielhaft in einer langen Kette von verfehlter Konsumgüterpolitik ist die Kaffeekrise aus dem Jahre 1977. In diesem Jahr bewirkten die stark gestiegenen Weltmarktpreise bei Rohkaffee, dass die zur Deckung des jährlichen Bedarfes an ca. 50.000 Tonnen Rohkaffee benötigten 150 Mio. Valutamark auf über 650 Mio. Valutamark anstiegen. Das war nicht mehr zu finanzieren. Die Experten entwickelten daraufhin einen Mischkaffee, der aus 50% Röstkaffee und 50% Ersatzstoffen bestand. Die Konsumenten lehnten das Gemisch, das bald „Erichs Krönung“⁸⁾ genannt wurde, entschieden ab. Nur der schnelle Einkauf von Rohkaffee bei befreundeten Entwicklungsländern konnte die Lage rasch wieder stabilisieren.

Resümee zur Wirtschaft der DDR vor der Wende 1989

In der Literatur wurde nach der Wende immer wieder die Frage diskutiert, ob die DDR unmittelbar vor dem Staatsbankrott stand. Nach einer Analyse der dem Autor vorliegenden Wirtschaftsdaten und auch nach einem Lokalaugenschein vor mehr als 25 Jahren muss die Feststellung getroffen werden, dass die DDR 1989 zwar in anwachsenden Disproportionalitäten und Schwierigkeiten stand, aber keineswegs vor ihrem bevorstehenden inneren ökonomischen Zusammenbruch. Es zeigten sich anhaltende Schwächen der Ökonomisierung, wie z.B. die rücksichtslose gesundheitsbelastende und flächendeckende Umweltverschmutzung in Ballungszentren, die stark vernachlässigten Bereiche der Infrastruktur, zu schwache Preisdurchsetzungen und Innovationskraft der Exportwirtschaft, evidente Strukturdefizite aufgrund der fehlenden Strukturpolitik und akute Probleme bei der Tilgung von Devisenschulden im West-Außenhandel.

Die innere Auflösung der DDR war aber vielmehr durch ihre politische Destabilisierung eingeleitet, die mit der unvorhersehbaren Maueröffnung zum machtpolitischen Ende des SED-Herrschaft führte, die allerdings durch die großen volkswirtschaftlichen Produktivitätsnachteile gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eine immense Beschleunigung erfuhr.

Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Nationale Volksarmee

Mit der Gründung der DDR wurden auch zentrale Organe für den Schutz und die Sicherheit des sozialistischen Staates gegründet, so das Ministerium des Inneren und das Ministerium für Staatssicherheit. Bereits ein Jahr vor der Gründung der DDR wurden 1948 auf Befehl der SMAD Bereitschaften der Volkspolizei aufgestellt und kaserniert. Auf Initiative des Politbüros der SED und abgestimmt mit der SMAD wurde unmittelbar nach der Staatsgründung im Bereich des Ministeriums für Inneres eine Hauptabteilung für Ausbildung geschaffen. Sie hatte den Aufbau von Bereitschaften und Schulen der Volkspolizei zu leiten und war für die Erziehung und Ausbildung ihrer Angehörigen verantwortlich. 1952 entstand schließlich aus den Bereitschaften der Volkspolizei die „Kasernierte Volkspolizei“. Von Anfang an war für die politische und militärische Führung der UdSSR und der DDR von besonderer Bedeutung, dass der Aufbau des Sozialismus verteidigt wurde. Einen wichtigen Teil dieser Verteidigung bildete die Grenzpolizei, welche die 640km lange Grenze zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) und zu Westberlin zu sichern hatte. Am 14. Mai 1955 unterzeichnete in Warschau die DDR gemeinsam mit den anderen Bruderländern Ost-, Mittel- und Südosteuropas den Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“. Knapp ein halbes Jahr danach wurde am 18. Januar 1956 in der Volkskammer, der höchsten gesetzgebenden Körperschaft der DDR, das Gesetz über die Schaffung der NVA⁹⁾ und des Ministeriums für Nationale Verteidigung verabschiedet. Damit war die NVA geboren. Die Sowjetarmee half danach beim Aufbau der NVA durch die Lieferung von Rüstungsgütern und durch Übermitteln militärwissenschaftlicher Erkenntnisse. Bereits im August 1957 hielt die NVA ihre erste große Übung gemeinsam mit der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ab. Die Ausbildung der Führungskader der NVA, insbesondere der Offiziere zu überzeugten Sozialisten und Militärspezialisten erfolgte in der am 5. Jänner 1959 in Dresden gegründeten Militärakademie „Friedrich Engels“. Bald nach der Eröffnung der Militärakademie entfaltete sich an dieser ein reges wissenschaftliches Leben. Viele Impulse für ihre politische Bildung und wissenschaftliche Tätigkeit erhielten die Offiziere durch Bücher und Zeitschriften, welche vom Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung veröffentlicht wurden. Das wohl wichtigste Medium für die Veröffentlichung von militärwissenschaftlichen Texten bildete die im März 1957 erstmals erschienene Zeitschrift „Militärwesen“.¹⁰⁾ Die Sowjetarmee war von Beginn an Vorbild, und es galt den Sowjetsoldaten nachzueifern. Das Motto dabei lautete: „Von der Sowjetarmee lernen heißt kämpfen und siegen lernen!“¹¹⁾ Dieses Motto wurde immer mehr Überzeugung und Tat zugleich. Offiziere der NVA wurden auch an zivilen Hochschulen akademisch ausgebildet, beispielsweise in Militärökonomie an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin.¹²⁾ Die militärökonomisch ausgebildeten Offiziere wurden in vielen Funktionen bei der NVA eingesetzt, u.a. auch als akademisches Lehrpersonal an den Akademien und Schulen der NVA. Es wurde dadurch sichergestellt, dass das Offiziers- und Unteroffizierskorps der NVA über ein gediegenes militärökonomisches Wissen verfügte, was sich auch in der Fülle an Fachaufsätzen in der militärischen Fachzeitschrift „Militärwesen“ widerspiegelt.¹³⁾ Die NVA war wegen ihrer ständigen Einsatzbereitschaft, ihres hohen Ausbildungsstands und der guten Disziplin eine der stärksten Armeen des Warschauer Paktes. Knapp vor der Wende umfasste die NVA einen Aktivstand von rund 180.000 Soldaten und Soldatinnen und rund 400.000 ausgebildete Reservisten. Darüber hinaus gab es noch 49.000 Mann Grenztruppen. An Großgerät verfügte die NVA über rund 3.000 Kampfpanzer und weitere 3.300 gepanzerte Fahrzeuge, 330 Kampfflugzeuge und 70 bewaffnete Hubschrauber, 900 Artilleriegeschütze sowie rund 250 Raketenwerfer und 70 Startvorrichtungen für Raketen kurzer und mittlerer Reichweite. Die Marine umfasste rund 200 Kampf- und Hilfsschiffe.¹⁴⁾ Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden die DDR und damit auch die NVA aufgelöst. Die Standorte, Einrichtungen und Ausrüstung der NVA wurden an die Bundeswehr übergeben. In der Folge kam es zu einer groß angelegten Rüstungskonversion. Mit der Auflösung der NVA wurden auch die militärökonomischen Forschungen im ehemaligen sozialistischen Deutschland beendet. Zurück blieben Hunderte Fachaufsätze in der Fachzeitschrift „Militärwesen“ und mehrere Fachbücher zur Militärökonomie. Gerade diese Fülle an wissenschaftlicher Literatur regt an, einen Blick zurück zu wagen und daraus Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Entwicklung der Militärökonomie im Sozialismus

Die Militärökonomie¹⁵⁾ der sozialistischen Staaten, auch als ökonomische Theorie der Streitkräfte (ÖSK) bezeichnet, hat ihr Fundament im theoretischen Marxismus-Leninismus. Bei der Ausarbeitung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats beschäftigten sich Friedrich Engels und Karl Marx auch mit Problemen des Krieges und des Militärwesens sowie ihres Zusammenhangs mit der Ökonomie. Marx und Engels haben auf der Grundlage der Abhängigkeit von Krieg und Militärwesen von den ökonomischen Verhältnissen der jeweiligen Gesellschaftsordnung konkret den Einfluss der ökonomischen Entwicklung auf die Entwicklung des Militärwesens selbst aufgezeigt. Besonders Engels wurde wegen seiner Untersuchungen als einer der ersten Militärtheoretiker des Sozialismus bezeichnet. Lenin, der dritte Theoretiker des marxistisch-leninistischen Gedankengebäudes, erkannte das Wechselverhältnis von Ökonomie und Militärwesen bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Als Lenin an der Spitze der Sowjetunion stand und die Verteidigung des „sozialistischen Vaterlandes“ zu organisieren hatte, widmete er der Gewährleistung der Landesverteidigung großes Augenmerk. Lenin begründete die Notwendigkeit der sozialistischen Landesverteidigung mit der Ungleichmäßigkeit der politischen und ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus und Sozialismus. Da der Sozialismus nicht zugleich in allen Ländern siegen kann und folglich kapitalistische und sozialistische Staaten längere Zeit nebeneinander existieren werden, gab er sich keinerlei Illusionen über die aggressive Natur des Imperialismus hin und sah das Streben der imperialistischen Bourgeoisie nach Vernichtung der jungen Sowjetmacht voraus. Lenin meint in seinen Werken, dass erst, nachdem die Bourgeoisie in der ganzen Welt vollständig besiegt worden sei, Kriege unmöglich würden. Aus den Werken Lenins ergibt sich somit eindeutig die wichtige und systemtragende Rolle der sozialistischen Streitkräfte. Aus den quantitativ und qualitativ gewachsenen Anforderungen des Krieges an die Volkswirtschaft schlussfolgerte Lenin nicht nur, dass große Anstrengungen bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Produktion für Verteidigungszwecke gemacht werden müssten, sondern leitete auch die Notwendigkeit einer sparsamen Verwendung und des effektiven Einsatzes der Ressourcen für Verteidigungszwecke des Landes ab.

Aufbauend auf den Arbeiten Lenins berücksichtigte seitdem das sozialistische Militärwesen den ökonomischen Faktor bei der Verteidigung des Sozialismus gegenüber den so genannten latent vorhandenen imperialistischen Aggressionsbestrebungen. Dies führte in der Sowjetunion zur Herausbildung eines Wissenschaftszweiges, der die Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Militärwesen untersucht. Bereits 1925 nahm in der UdSSR eine Akademie für Kriegswirtschaft ihre Lehrtätigkeit auf. Damit war auch organisatorisch der erste Schritt zur Bildung des selbstständigen Wissenschaftszweiges „Militärökonomie im Sozialismus“ vollzogen. Die Erfahrungen der UdSSR im „Großen Vaterländischen Krieg“ bei der praktischen Beherrschung des Zusammenhanges von Ökonomie und Landesverteidigung vermittelten wertvolle Erkenntnisse für die gemeinsame Verteidigung des Sozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der Organisation des Warschauer Vertrages. So entwickelten sich auf der Basis des militärökonomischen Wissens der UdSSR Forschungseinrichtungen für Militärökonomie in allen Mitgliedstaaten des WAPA.¹⁶⁾

Die Entwicklung der Militär-ökonomie bei der NVA

Die Bedeutung der Militärökonomie für die Landesverteidigung wurde in der DDR im Verteidigungsgesetz niedergeschrieben. Im dritten Abschnitt dieses Gesetzes wurden konkrete Anforderungen an die Volkswirtschaft mit Bezug zur Landesverteidigung formuliert.¹⁷⁾ „Wir haben es hierbei mit anspruchsvollen Zielen zu tun, die durch das Wesen der Politik unserer Partei bestimmt sind. Sie ist darauf gerichtet, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen immer besser zu befriedigen und dabei gleichzeitig ihren Sicherheitsinteressen gerecht zu werden. Solange der Aufbau des Sozialismus durch imperialistische Kriegsdrohungen gefährdet wird, ist es notwendig, eine zuverlässige Landesverteidigung zu haben, die Streitkräfte auf dem erforderlichen Niveau der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft zu halten und das Territorium für den Fall eines imperialistischen Überfalls vorzubereiten. Das bringt vielfältige und angesichts des von den Imperialisten forcierten Wettrüstens auch zunehmende militärökonomische Bedürfnisse hervor, deren Befriedigung einen angemessenen Grad der ökonomischen Verteidigungsbereitschaft verlangt.“ Höchste Repräsentanten der Staatsführung, ranghöchste Offiziere der NVA und die bedeutendsten Militärökonom der DDR sahen daher in der Befriedigung militärökonomischer Bedürfnisse eine unerlässliche Bedingung für das Funktionieren der sozialistischen Landesverteidigung. Dies wiederum ist eine wichtige Voraussetzung, dass das ökonomische Grundgesetz zur Wirkung gelangen kann. (Im ökonomischen Grundgesetz spiegelt sich das Wesen der sozialistischen Ökonomie wider, die aus dem sozialistischen Eigentum resultierende objektive Notwendigkeit und Möglichkeit, die gesellschaftliche Produktion der immer besseren Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen unterzuordnen, wodurch wiederum eine mächtige Triebkraft für die Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktion hervorgebracht wird.) Gleichzeitig beeinflusst die Befriedigung militärökonomischer Bedürfnisse aber den Grad, in dem andere Bedürfnisse der Gesellschaft, konsumtive wie produktive, befriedigt werden können. So forderte beispielsweise Admiral Verner,¹⁸⁾ der erste Kommandant der Seestreitkräfte der NVA, „jene Gesetzmäßigkeiten zu erforschen, die sich aus der Wechselbeziehung von Kriegführung und Volkswirtschaft ergeben, damit Partei- und Staatsführung den ökonomischen Bedürfnissen der Landesverteidigung in ihrer Wirtschaftspolitik allseitig Rechnung tragen können“. Ende der 1980er-Jahre verfestigte sich das Theoriegebäude der Militärökonomie, und 1989 war die Herausgabe eines Lehrbuches für Militärökonomie geplant, das von den Ökonomen der Hochschule für Ökonomie und der Militärakademie „Friedrich Engels“ gemeinsam erarbeitet wurde. Durch die Wende kam es allerdings nicht mehr dazu. Von den führenden Militärökonom der Militärakademie „Friedrich Engels“ und von den Ökonomen der Hochschule für Ökonomie wurden, aufbauend auf den marxistisch-leninistischen Grundlagen sowie den Erkenntnissen der Forschung der UdSSR, drei große Komplexe von Forschungs- und Lehraufgaben abgeleitet:¹⁹⁾

1. Die Militärökonomie muss sowohl die Probleme der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung im Sozialismus als auch die kriegswirtschaftliche Vorbereitung von Aggressionshandlungen im Imperialismus analysieren. Der Begriff „Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung im Sozialismus“ umfasst:

- die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung in der Friedenswirtschaft (dazu zählen sowohl Maßnahmen zur unmittelbaren Ausrüstung der sozialistischen Streitkräfte und zur Schaffung aller materiellen und finanziellen Mittel für die Verteidigung der sozialistischen Staaten als auch die materielle und organisatorische Vorbereitung des unmittelbaren Verteidigungszustandes);
- die Mobilisierungsperiode, jene Periode, in der die Umstellung der Volkswirtschaft auf die Kriegswirtschaft vorgenommen wird;
- die sozialistische Kriegswirtschaft.

2. Die Militärökonomie muss die ökonomischen Probleme der militärischen Führungs- und Leitungstätigkeit untersuchen. Hauptproblem ist dabei, wissenschaftlich begründete militärökonomische Methoden auszuarbeiten, mit denen der militärische Nutzeffekt der in den Streitkräften eingesetzten materiell-technischen und finanziellen Mittel analysiert und maximal erhöht werden kann.

3. Die Militärökonomie muss die im Bereich der verschiedenen Bindeglieder zwischen Ökonomie und Landesverteidigung auftretenden ökonomischen Probleme bearbeiten. Insbesondere fallen darunter der Aufbau und die Tätigkeit solcher Organe, die die mannigfaltigen Transmissionsaufgaben zwischen der Wirtschaft und dem militärischen Bereich zu realisieren haben (z.B. die gesamte Versorgungsführung aus der Wirtschaft zu den Streitkräften).

Aus den erwähnten Forschungs- und Lehraufgaben kann eine Definition abgeleitet werden, was die Wissenschaftler der DDR unter Militärökonomie verstanden haben:²⁰⁾ „Die Militärökonomie erarbeitet die militärökonomische Politik des eigenen Landes, damit so auf der Grundlage der erkannten Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Sicherstellung des Krieges, der Kräfte des militärökonomischen Potenzials des eigenen Landes und der militärischen Kräfte des konkreten Gegners die militärisch und ökonomisch optimalen Methoden der ökonomischen Sicherstellung des bewaffneten Kampfes festgelegt werden.“ In Folge sollen einige der Kernthemen der sozialistischen Militärökonomie erläutert werden.

Die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung (ÖSL)

Unter der ÖSL²¹⁾ verstand die Wissenschaft in der DDR die Gesamtheit der Prozesse und Abläufe in der sozialistischen Volkswirtschaft, welche auf die Deckung des militärischen Bedarfs sowie auf die Schaffung der dazu notwendigen Voraussetzungen in der Volkswirtschaft gerichtet ist. Die ÖSL ist ein unter bestimmten politischen Bedingungen (Notwendigkeit der militärischen Friedenssicherung oder Führung eines Krieges zur Abwehr einer militärischen Aggression) ablaufender und durch den sozialistischen Staat unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei planmäßig realisierter Prozess der Umwandlung ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Potenzen in materielle Voraussetzungen für eine solche militärische Stärke, wie sie die jeweilige militärpolitische Situation erfordert. Dieser spezielle Prozess wurde auch als militärökonomischer Prozess bezeichnet. Er ist ein Teil des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und umfasst die spezifische Gesamtheit von ökonomischen Tätigkeiten der Menschen bei der Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion von Gütern und Leistungen für militärische Zwecke. Die ÖSL hatte auch eine politische und ideologische Dimension, die als militärökonomische Politik bezeichnet wurde. Sie ist die Gesamtheit der auf die Wirtschaft gerichteten Maßnahmen und Methoden zur Verwirklichung jener Interessen der herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten, die auf die Gewährleistung der Landesverteidigung gerichtet sind. Die militärökonomische Politik wurde somit zum speziellen Ausdruck der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und stellte die bewusste Verwirklichung der Einheit von Politik und Ökonomie dar. Als Hauptinstrument stand ihr die militärökonomische Planung zur Verfügung. Erich Honecker, der ehemalige Generalsekretär des Zentralkomitees und Staatsratsvorsitzende der DDR, fand am X. Parteitag der SED klare Worte zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung:²²⁾ „Der Schutz der Errungenschaften des Sozialismus verlangt angesichts imperialistischer Hochrüstung größere Verteidigungsanstrengungen... Die Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung sind dem Gesetz über den Fünfjahresplan 1981 bis 1985 entsprechend den Erfordernissen zugrunde zu legen.“

Im Bereich der ÖSL bildete die Verteidigungswirtschaft ein Schlüsselement. Darunter verstanden die Ökonomen jenen Bereich der ökonomischen Tätigkeit der Gesellschaft, in dem die Produktion, die Distribution, die Zirkulation und die produktive Konsumtion im Interesse der Landesverteidigung erfolgen. Ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Vorbereitung der DDR auf den Kriegszustand bildete die Umstellung der Wirtschaft. Das zentrale Leitungsorgan für die Wirtschaft im Krieg bildete die Hauptabteilung I (Militär) der Staatlichen Plankommission, die gleichzeitig für die Mobilmachungsplanung zuständig war. Sie erstellte entsprechend den ökonomischen Kennziffern jährlich einen „B-Plan“ (B=Berechnung), der für alle Wirtschaftsbereiche technisch-wirtschaftliche Maßnahmen wie Prioritätensetzung, Produktionsumstellungen, Umsetzung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften sowie Reservenbildungen für die „B-Produktion“ festlegte. Der Kern der Verteidigungswirtschaft ist die Verteidigungsindustrie. Trotz aller theoretischen Grundlagen war die Verteidigungsindustrie der DDR im Vergleich zu anderen Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe nur ein kleiner Teil der Gesamtindustrie. Dies lag u.a. vermutlich auch daran, dass die UdSSR ihre Führungsrolle bei der Ausstattung der Streitkräfte der NVA nicht aufgeben wollte. Wie die Ausrüstung der NVA zeigt, erhielt sie zu keinem Zeitpunkt ihres Bestehens modernste sowjetische Rüstungsgüter. Kurz nach der Wende wurde vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung München²³⁾ eine Untersuchung zur Rüstungskonversion veröffentlicht. Dieser Untersuchung zufolge betrug die Rüstungsproduktion der DDR rund 4,5% der gesamten industriellen Warenproduktion. Die Rüstungsindustrie der DDR bestand 1989 aus 74 Firmen, die gänzlich ohne ein Standbein für Zivilgüterfertigung nur Rüstungsgüter produzierten. In diesem Kernbereich der Rüstungsindustrie waren rund 41-44.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Dazu kam noch eine gewisse Anzahl an Zulieferfirmen, sodass insgesamt etwa 130 Betriebe mit der Herstellung von militärischen Gütern befasst waren. Insgesamt betrug der Beschäftigtenstand, der mit der Produktion von militärischen Gütern befasst war, rund 130.000 DDR-Bürger. Mitte der 1980er-Jahre wurden z.B. aus der Industrie der DDR jährlich etwa 1.200 Kraftfahrzeuge, 650.000 Handgranaten, 31 Millionen Patronen, 230.000 Uniformjacken, 400.000 Paar Schuhe, 240.000 Liter Kraftstoff an die NVA geliefert. Zu der gleichen Zeit sind jedes Jahr 500 Großgeräte an Pioniertechnik, 300 Schützenpanzerwagen, 240 Panzer, 60 Jagdflugzeuge und Hubschrauber, 200 Flugzeug- und Hubschraubertriebwerke, 140 Geschütze und Geschößwerfer, 1.600 LKW und geländegängige PKW, 1.600 Elektroaggregate instandgesetzt worden. Das Gesamtvolumen der Produktion in den Rüstungsbetrieben betrug 1989 insgesamt 3,7 Mrd. Mark, davon wurde Wehrtechnik im Ausmaß von rund 1,4 Mrd. Mark exportiert. Hauptabnehmer war die Sowjetunion. Es gab aber auch Exporte an afrikanische Länder und Kuba und Reparaturleistungen der Militärluftfahrtindustrie beim VEB Flugzeugwerft Dresden, beispielsweise für den Iran und für den Irak.

Der wichtigste Rüstungsbetrieb im Bereich der Hochtechnologie war der VEB Kombinat Spezialtechnik Dresden, das Zentrum der Mikroelektronik der DDR und das Herzstück der Mikroelektronik-Forschung der DDR.

Die Rüstungsindustrie der DDR produzierte zwar keine Waffensysteme; sie war aber für die Rüstungsindustrien der Bruderländer des WAPA von entscheidender Bedeutung, da nur sie die hochwertigen Maschinen und Werkzeuge herstellen konnte, die die Rüstungsbetriebe der Ostblockstaaten dringend benötigten, die aber aufgrund der NATO-Sicherheitsbestimmungen von westlichen Industriestaaten nicht in den Raum des WAPA geliefert werden durften.

Ein wichtiges Kapitel der Rüstungsindustrie der DDR im weitesten Sinn war der Abbau von Uran, der die DDR zum drittgrößten Uranproduzenten der Welt machte.²⁴⁾ Zum Abbau wurde die Wismut AG gegründet, die bis zur Wende im Erzgebirge, in Thüringen und im Vogtland, Uran abgebaut hatte. Bereits Ende der 1940er-Jahre waren rund 200.000 Beschäftigte mit dem Uranabbau beschäftigt. Da extremer Raubbau betrieben wurde, mussten seit der Wende rund 1.500km² radioaktiv verstrahltes Gelände saniert werden. Die dabei angefallenen Sanierungskosten wurden mit 700 Mio. EUR geschätzt.

Militärökonomie als Bindeglied zwischen Ökonomie und Landesverteidigung

Die Organisation der Landesverteidigung nach militärökonomischen Grundsätzen war auch im Lichte der Wirtschaftsentwicklung der DDR von größerer Bedeutung. Obwohl die DDR Anfang der 1970er-Jahre für kurze Zeit das zehntgrößte Industrieland war, waren in einigen Bereichen fast immer Konsumgüter knapp.²⁵⁾ Die im Vergleich zu Marktwirtschaften geringere Arbeitsproduktivität und höheren Produktionskosten erforderten Maßnahmen, um die knappen Güter für die einzelnen Aufgaben des Staates effektiv und effizient einzusetzen. Mit den wissenschaftlichen Methoden der Militärökonomie wurde damit ein System geschaffen, mit dem die politische Führung den Streitkräften die erforderlichen Mittel zuteilen und die militärische Führung diese zugewiesenen Mittel rational mit höchstem Wirkungsgrad einsetzen konnten. Es oblag auch der Militärökonomie, die Arbeit des Soldaten zu bewerten.²⁶⁾ Die militärische Tätigkeit wurde als eine historisch vergängliche Kategorie und nur so lange notwendig angesehen, wie die sozialistischen Staaten durch die aggressive Politik des Imperialismus dazu gezwungen würden. Da die militärische Tätigkeit kein materielles Produkt schafft und somit auch kein Mehrprodukt, ist sie eindeutig der nichtproduktiven Arbeit zugeordnet. Diese Art nichtproduktive Arbeit wurde aber nicht negativ, sondern als eine besondere Form gesellschaftlich nützlicher, nichtproduktiver Arbeit angesehen. Es wurde damit auch die Zuteilung eines Teiles der volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren für militärische Zwecke zu rechtfertigen versucht.

Militärökonomische Begründungen von Führungsentscheidungen

Dem politischen und militärischen Führungskader der DDR kam ab Anfang der 1980er-Jahre immer mehr zu Bewusstsein, dass eine hohe Qualität der militärischen Tätigkeit und ein größtmöglicher Zuwachs an Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft nur noch dann zu gewährleisten sein werden, wenn auch die ökonomischen und militärökonomischen Sachverhalte in der Truppenpraxis voll bewältigt werden. Der ehemalige Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, forderte.²⁷⁾ „...bei der Entscheidungsvorbereitung, Festlegung und Durchführung militärischer Aufgaben... durch exakte Berechnung des Aufwandes und die allseitige Prüfung des Verhältnisses von Aufwand und Nutzen die militärisch und ökonomisch günstigste Variante durchzusetzen.“ Ein weiterer Impuls kam auch von der sowjetischen Militärliteratur, in der damals die Frage nach der Einbeziehung ökonomischer Belange in die Begründung militärischer Entschlüsse aufgeworfen und diskutiert wurde. So schrieb beispielsweise der sowjetische Militärwissenschaftler W. Sawkin,²⁸⁾ dass die umfangreichen finanziellen Ausgaben für die Ausrüstung der Streitkräfte und für die Führung von militärischen Handlungen das Problem aufwerfen würden, die ökonomische Effektivität als Kriterium sowohl bei der Erarbeitung von Entschlüssen für das Gefecht als auch bei der Bewertung ihrer Resultate zu berücksichtigen. Die Militärökonom der NVA entwickelten ein militärökonomisches Analysesystem, das als wichtiges Instrument Normen und Kennziffern beinhaltete.²⁹⁾ Als Richtwerte bzw. Verbindlichkeiten gaben sie den Einsatz, die Verteilung, die Ausnutzung und den Verbrauch von materiellen, personellen und finanziellen Ressourcen konkret vor. Letztendlich wurde damit erreicht, dass durch die Berücksichtigung ökonomischer und militärökonomischer Erfordernisse die militärische Führung höher qualifiziert wurde und die sozialistischen Streitkräfte an Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft gewannen.

Die Bedeutung der Militärökonomie für die Erziehung und Ausbildung von Militärskadern - Militärökonomisch denken und handeln

Der ehemalige Chef der politischen Hauptverwaltung der NVA, Generaloberst Heinz Keßler, betonte,³⁰⁾ „...dass kluges militärökonomisches Handeln zunächst richtiges politisches Denken voraussetzt.“ Stabile und dauerhafte militärökonomische Denk- und Verhaltensweisen der Armeeinghörigen und Zivilbediensteten konnten sich demnach nur dann entwickeln, wenn sie auch politisch motiviert wurden. Deshalb wurde die Erziehung zum militärökonomischen Denken und Handeln auch integraler Bestandteil der Festigung sozialistischer Grundüberzeugungen und fester Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit. Ein besonderer Stellenwert kam dabei der militärökonomischen Propaganda zu. Im Mittelpunkt stand die Erläuterung der Wirtschaftsstrategie der SED bei der weiteren Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sowie der Konsequenzen, die sich daraus für die Gewährleistung des zuverlässigen Schutzes des Sozialismus ergeben. Aus den Erfordernissen der in der militärischen Tätigkeit wirkenden ökonomischen Gesetze und militärökonomischen Gesetzmäßigkeiten ergaben sich als primäre Ausbildungsziele die möglichst vollständige Ausnutzung der technischen Parameter der modernen Waffensysteme im Prozess der Gefechtsausbildung, der sparsamste Umgang mit allen Verbrauchsmaterialien, die vollständige und dem Qualitätsniveau der Armeeinghörigen und Zivilbediensteten entsprechende Nutzung der Arbeitskraft und die rationelle Verwendung der finanziellen Mittel. Der Ausbildungsstand in Bezug auf militärökonomische Kenntnisse wurde durch eine weitgehend differenzierte, auf die Belange der jeweiligen Führungsebene gerichtete militärökonomische Aufgabenstellung zumeist im Wettbewerb festgestellt.

Folgerungen und Lehren

Wie die Geschichte am Beispiel der DDR gezeigt hat, passen die Spielregeln der freien Marktwirtschaft viel besser zur industriellen Massenproduktion und ermöglichen eine weitaus bessere Entfaltung der Produktivkräfte als die Regeln der zentral gelenkten Planwirtschaft. Das Scheitern der zentral gelenkten Planwirtschaften basiert auf einem unrealistischen Menschenbild und auf der unrealistischen Vorstellung von den Planungs- und Lenkungsmöglichkeiten in Industriegesellschaften. Eine Volkswirtschaft in der Größe der ehemaligen DDR vollständig und wirksam zu planen erscheint nahezu unmöglich. In Abwandlung des Ausspruchs des früheren britischen Premierministers Winston Churchill „Die perfekte Staatsform gibt es nirgendwo auf der Welt, aber trotz aller anderen Staatsformen, die bisher ausprobiert wurden, und trotz aller Mängel, die auch der Demokratie anhaften, gibt es bis heute keine Staatsform, die besser geeignet ist, das Zusammenleben der Menschen zu regeln als die Demokratie“ kann auch für die Wirtschaftsordnungen der Gegenwart gelten, dass es nirgendwo auf der Welt eine perfekte Wirtschaftsordnung gibt, jedoch gibt es bis heute keine Wirtschaftsordnung, die besser geeignet ist, einen stetig steigenden Wohlstand und die möglichst freie Entfaltung im Berufsleben der Menschen zu gewährleisten als die soziale Marktwirtschaft. Die Militärökonomie in der DDR war durch einen scharfen Dualismus zwischen dem Sozialismus und dem weiter existierenden Kapitalismus im Westen geprägt. Eine v.a. ideologisch determinierte Blockkonfrontation bestimmte das militärökonomische Denken bis zur Wende hinein. Das brachte naturgemäß mehr Gegensätzliches als Gemeinsames hervor. Etwas Einigendes über beide Gesellschaftssysteme hinweg scheint der auf beiden Seiten bis heute geführte Kampf gegen die immer noch nicht überwundene Unterschätzung des Ökonomischen im Militärwesen zu sein, die von Nichtkenntnis bis Ignoranz reicht. Die Militärökonomie in der DDR war ein wichtiger Garant für die Einsatzbereitschaft der NVA, da durch die möglichst exakte Anwendung der wissenschaftlichen Methoden der sozialistischen Militärökonomie versucht wurde, die Knappheit der verfügbaren Ressourcen für die militärische Landesverteidigung zu kompensieren und damit einen hohen Klarstand des Personals und aller Waffensysteme sicherzustellen. Der Kalte Krieg gehört der Vergangenheit an, und die Blockkonfrontation ist damit auch in Europa weggefallen. Europa wurde zu einem Friedensprojekt, das im Laufe des letzten Jahrzehnts Stück für Stück Gestalt angenommen hat. Wissenschaftliches Denken über die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Streitkräften steht somit vor neuen Herausforderungen, wenn es die militärische und die ökonomische Komponente der europäischen Friedensordnung unterstützen will. Die Militärökonomie des Kalten Krieges gehört der Vergangenheit an, eine neue Militärökonomie verlangt ein Denken ohne Feindbilder. Die zukünftige Rolle der Militärökonomie muss sich daher von einer Ökonomie der Kriegführung über eine Ökonomie der Kriegsverhinderung hin zu einer Ökonomie der Friedensbewahrung entwickeln.



ANMERKUNGEN:

- 1) Der Abschnitt „Die Wirtschaft der DDR - Ein Überblick“ basiert auf den Untersuchungen von Roesler J.: Die Wirtschaft der DDR, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2002 und Reinhold O. & Stiermiling K.-H.: Politische Ökonomie, Dietz Verlag, Berlin 1983.
- 2) <http://www.dhm.de/lemo/html/WegeInDieGegenwart/FolgenDerDeutschenEinheit/treuhandanstalt.html>.
- 3) Vgl. Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (http://www.bpb.de/themen/N1XDRO,0,0,17_Juni_1953.html).
- 4) www.mdr.de/damals-in-der-ddr/lexikon/1648638-hintergrund-1644964.htm.
- 5) Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge unmittelbar vor der Wende gibt Hertle H.-H., u.a., in: Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern, Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1998, S.13ff.
- 6) Vgl. Roesler, a.a. O., und Henke H. u.a.: Warum scheiterte die DDR? - Eine wirtschaftliche Analyse der Uni Frankfurt auf www.wiwi.uni-frankfurt.de/Professoren/ritter/veranst/SS97/wipol/projekt/pro.31.htm.
- 7) Umfangreiches statistisches Zahlenmaterial zur Volkswirtschaft der DDR findet sich im Autorenkollektiv der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leischner“: Volkswirtschaftliche Proportionen, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1979 (Wichtigste Wirtschaftsdaten S.165), dennoch ist es schwierig, zu Daten über die Entlohnung der Bediensteten im Sicherheits- und Militärapparat der DDR zu gelangen. In der Inauguraldissertation „Die Nationale Volksarmee der DDR zwischen Wende und Auflösung - Der Untergang der NVA im Lichte des Zusammenbruchs der DDR“, vorgelegt von Ove Ovens an der Universität Regensburg, schreibt der Autor auf S.218: Laut Angaben eines ehemaligen NVA-Divisionskommandanten verdiente ein Kompaniechef vor der Wende ca. 1.500 Mark, ein Regimentskommandeur ca. 2.100 Mark netto, Generäle zwischen 3.000 und 6.000 Mark. Der Durchschnittslohn in der DDR betrug gemäß dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1987 (Staatsverlag der DDR, Berlin 1987, S.129) im Jahre 1986 1.179 Mark. Eine weitere verlässliche Datenquelle ist die Homepage der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, besonders der Bereich Kurzinformationen zum MfS/Etat (<http://www.bstu.bund.de>) und die Homepage der Stiftung der Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen (www.stiftung-hsh.de). Des Weiteren siehe hierzu im Detail Diedrich T., Ehler H. und Wenzke R.: Die bewaffneten Organe der DDR im System von Partei, Staat und Landesverteidigung - Ein Überblick. In: Diedrich T., Ehler H und Wenzke R.: Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Weltbild, Augsburg 1998.
- 8) Das Beispiel mit „Erichs Krönung“ wurde dem Lexikon „Wirtschaft der DDR“ entnommen, siehe auch <http://www.mdr.de/damals-in-der-ddr/lexikon/1601736.html>.
- 9) Einen guten Überblick über die Geschichte der NVA bis Mitte der 1980er-Jahre bietet das Standardwerk: Autorenkollektiv: Armee für Frieden und Sozialismus-Geschichte der Nationalen Volksarmee, Militärverlag der DDR, Berlin 1985.
- 10) Ebenda, S.158.
- 11) Ebenda.
- 12) Ebenda, S.693.
- 13) S. Schönherr, D. Schulze, P. Gerolds, H. Fiedler, H. Österreich.
- 14) F. Wiener: Fremde Heere - Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten, 8. Auflage, Verlag Herold, Wien 1990, S.255, S.270, S.273, S.278; sowie The Military Balance 1987/88.
- 15) Die wesentlichen Forschungsergebnisse der Militärökonomien der DDR/NVA finden sich in den Büchern: Autorenkollektiv: Probleme der Militärökonomie, Deutscher Militärverlag, Berlin 1967, S.7ff. Autorenkollektiv: Beiträge zur Militärökonomie, Militärverlag der DDR, Berlin 1976, S.11ff. Das Autorenkollektiv setzte sich zusammen aus: H. Einhorn, S. Schönherr, W. Hiepe, G. Urbani, A. Preuße, H. Fiedler, J. Weißleder, G. Peter, R. Kieser, K. Lehmann, H. Österreich.
- 16) H. Einhorn, H. Roloff: Warschauer Vertrag und sozialistische Militärökonomie. In: Militärwesen 4/81.
- 17) H. Fiedler, S. Schönherr, H. Österreich: Die wachsende Bedeutung der Militärökonomie für die Erziehung und Ausbildung von Militärkadern. In: Militärwesen 11/79, S.62.
- 18) Autorenkollektiv: Probleme der Militärökonomie, Deutscher Militärverlag, Berlin 1967, S.6.
- 19) Ebenda, S.12.
- 20) Ebenda, S.9.
- 21) S. Schönherr: Zur Theorie der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung (I). In: Militärwesen 11/81, S.32ff, sowie S. Schönherr: Zur Theorie der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung (II). In: Militärwesen 11/81, S.15-22.
- 22) Ebenda, S.16.
- 23) S. Schönherr: Militärökonomie, Ges. für Militärökonomie, Dachau 2002, S.211.
- 24) www.mdr.de/nah_dran/1365020-hintergrund-1362545.html.
- 25) http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Demokratische_Republik#Wirtschaft.
- 26) Autorenkollektiv: Beiträge zur Militärökonomie, Militärverlag der DDR, Berlin 1976, S.235ff.
- 27) S. Schönherr, D. Schulze, P. Gerolds: Militärökonomisch denken und handeln. In: Militärwesen 8/82, S.38.
- 28) D. Schulze: Militärökonomische Begründungen von Führungsentscheidungen. In: Militärwesen 6/83, S.31.
- 29) S. Schönherr, D. Schulze, P. Gerolds: Militärökonomisch denken und handeln. In: Militärwesen 8/82, S.37.
- 30) Ebenda.